

Das Pfund Kartoffeln zu 9 Pf.?

Das B. L. B. verbreitet folgende Mitteilung als amtlich:

In Anerkennung der Belastung, die durch hohe Frühkartoffelpreise für die minderbemittelte Bevölkerung leicht entstehen kann, hat sich das Reich bereit erklärt, den Gemeinden, die diese Kartoffeln Minderbemittelten und Kriegsangehörigen zu Kleinhandelspreisen von 9 Pfennig für das Pfund zugänglich machen, ein Drittel des sich hieraus ergebenden Schadens zu erstatten, falls die übrigen beiden Drittel von den Bundesstaaten und den Gemeinden zu gleichen Anteilen getragen werden.

Bisher ist den Gemeinden Groß-Berlins hiervon noch keine Mitteilung gemacht worden. Es fragt sich auch, ob diese sich ohne weiteres zu einer neuen, nicht unbeträchtlichen Belastung des Gemeindefadels entschließen können, bevor sie die Gewißheit haben, ob Preußen das zweite Drittel trägt. Man darf nicht vergessen, daß sich in Berlin die Scheidung zwischen Minderbemittelten, bzw. Kriegsangehörigen und der übrigen Bevölkerung nicht so leicht durchführen läßt. Berlin hat unter seinen 1 800 000 Seelen vielleicht 300 000 bis 400 000 Kriegerfrauen. Kartoffeln sind ein Nahrungsmittel, das ein jeder kauft und das in möglichst viele Kanäle geleitet werden muß. Soll nun in den zahlreichen Verkaufsstellen jedesmal eine Scheidung zwischen minderbemittelter Bevölkerung und wohlhabender gemacht werden? Es müßten dann auch besondere Abrechnungsbüros eingerichtet werden, die vielleicht mehr kosten als der ganze Zuschuß, den die Gemeinde von Staat und Reich erhält. Heute setzt Berlin bei jedem Zentner Kartoffeln ungefähr 1 Mark bis 1,25 Mark zu, bei den ersten Frühkartoffelsendungen, die aus dem Auslande kamen, sogar 3 Mark bis 3,50 Mark.

Augenblicklich treffen die Kartoffelsendungen in beträchtlichen Mengen ein. Das wird aber in dem Augenblick anders, wo die eigentliche Ernte beginnt, also in etwa acht bis vierzehn Tagen. Die Bevölkerung wird daher gut tun, nicht darauf zu warten, bis die Verhandlungen über die Herabsetzung des Kartoffelpreises zum Abschluß gekommen sind, sondern sich mit dem nötigen Kartoffelvorrat zu versehen, so lange die Gelegenheit dazu da ist.

Im Rheinland und Westfalen haben übrigens verschiedene Gemeinden bereits erklärt, daß sie weitere Lasten nicht auf sich nehmen können, um den vom Reich geforderten Kartoffelpreis einzuführen. Es wäre wünschenswert, daß die Reichskartoffelstelle und das Kriegsernährungsamt in dieser Angelegenheit die nötige Klärung schaffen.

ae.